

KANTON

UMGESTALTUNG: Der Zürcher Helvetiaplatz soll aufgewertet und erweitert werden **SEITE 27**

REGION

PAINTBALL: Am Info-Abend verstummten die kritischen Wilemer Stimmen nicht **SEITE 22**



REGIONALKULTUR

NAIVE MALEREI: Ursula Stadler zeigt eine bessere Welt **SEITE 25**

Kampf gegen die Atomenergie

Einige Hundert Personen trafen sich am Samstag in Benken zu einer Kundgebung gegen ein mögliches Endlager. Dabei wurde der generelle Ausstieg aus der Atomenergie gefordert.

BENKEN – Der allererste Schritt in der Frage der Atommüllbeseitigung sei es, erst gar keinen Müll mehr zu produzieren, erklärte Jean-Jacques Fasnacht in seiner Ansprache zur Anti-Atom-Kundgebung in Benken. Damit umriss er eine Forderung, die nahezu alle Redner nach ihm teilten: Die Schweiz soll aus der Kernenergie aussteigen. Erneuerbare Energien und bessere Energieeffizienz sollen gefördert werden, dann sei ein Ausstieg möglich. Die Sorgen vieler Benkemer umriss die Gemeindepräsidentin Verena Strasser: «Es soll nicht über unsere Köpfe hinweg entschieden werden. Wir wollen mitbestimmen.» Eveline Kunz, Vorstandsmitglied der Weinländer SP, erklärte, wie sie sich den Ausstieg aus

der nach ihrer Ansicht viel zu gefährlichen Energieform vorstellte: «Wir müssen den Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft gehen», so ihre Forderung. Einen anderen Aspekt der Atomenergie beleuchtete Helena Nyberg. Ihr Verein Incomindios setzt sich für die Rechte der Ureinwohner Amerikas ein. Wie Nyberg den mehreren Hundert anwesenden Kundgebungsteilnehmern erklärte, zerstöre die Uranförderung in den USA und Kanada die angestammten Lebensräume vieler Indianerstämme. Der Abbau hinterlasse furchtbare Schäden: «Die Krebsrate in diesen Gebieten ist 100-mal höher als üblich. Säuglinge kommen häufig mit Missbildungen zur Welt.» Nyberg gab zu bedenken, dass

auch das in der Schweiz verwendete Uran aus solchen Gebieten stammt. «Wenn wir eine Glühbirne anschalten, geht bei den Indianern ein Licht aus», mahnte sie die Teilnehmer.

Strategien der Atomlobby

In seiner Ansprache ortete der grüne Nationalrat Bastien Girod vier Grundstrategien der Atomlobby, «um die Atomgegner zu diskreditieren». So wollten erstens die Befürworter der Kernenergie den Menschen weismachen, dass das Entsorgungsproblem gelöst sei. Zweitens gäben grosse Stromproduzenten wie die Axpo vor, sie suchten den Dialog mit den Kritikern. Dabei würden aber nur die erneuerbaren Energien lächerlich gemacht: «Das ist kein Dialog, das ist ein Monolog», so Girod. Drittens werde versucht, die Umweltschützer gegeneinander auszuspielen. Den Wasserschützern werde gesagt, es brauche

Atomstrom, weil mit mehr Wasserkraft die Restwassermengen in den Flüssen nicht gewährleistet seien. Den Klimaschützern werde erzählt, dass Atomstrom nötig sei, um den Kohlendioxidausstoss zu senken. Zu guter Letzt, so Girod, würden zudem Alternativen zum Atomstrom auf politischem Weg verhindert. «Die Bürgerlichen bekämpfen jeden Vorstoss zu mehr Effizienzförderung oder zur Förderung erneuerbarer Energien.»

Die Winterthurer SP-Stadträtin Pearl Pedernana kritisierte einen möglichen Endlagerstandort in Benken. Es sei nicht genau hingeschaut worden. So sei es unsinnig, ein solches Lager im dicht besiedelten Raum Winterthur zu bauen. Auch die Transportfrage sei nicht geklärt und ein weiteres Sicherheitsrisiko. «Der Bahnhof Winterthur ist nicht für den Transport von radioaktiven Abfällen gebaut worden.»

CHRISTIAN WEISS

NACHGEFRAGT



Jean-Jacques Fasnacht
Kopräsident
«Klar! Schweiz»

«Es gibt zu viele offene Fragen wegen der Sicherheit»

Wenn überhaupt, gibt es erst im Jahre 2040 ein Endlager im Weinland. Warum braucht es jetzt diese Kundgebung?

Wir wollen ein klares Zeichen setzen. Der Zeitpunkt ist nicht zu früh gewählt, denn bereits heute, mehr als dreissig Jahre zuvor, sind wirtschaftliche Auswirkungen zu spüren. Landbesitzer erzielen für ihre Parzellen schlechte Preise, Gewerbebetriebe wandern ab.

Aber der Atommüll ist Realität. Wohin soll man damit?

Zuerst müssen die Sicherheitsaspekte besser erforscht werden. Da sind noch zu viele Fragen offen. Erst dann kann man sagen, wohin mit den radioaktiven Abfällen.

Die dem Bund unterstellte Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) hat den Entsorgungsnachweis der Nagra geprüft und für gut befunden. Demnach soll der Opalinuston, der im Weinland vorkommt, für die Endlagerung geeignet sein.

Wir misstrauen den Resultaten der HSK. Diese Institution ist aufgrund ihrer personellen Zusammensetzung nicht neutral und darum ihre Glaubwürdigkeit nicht gegeben.

Könnten Sie einem Endlager im Weinland zustimmen, wenn eine eingehende Prüfung aller Faktoren ergibt, dass hier der geeignetste Ort ist?

Wenn wirklich alle offenen Fragen bezüglich Sicherheit, aber auch bezüglich der wirtschaftlichen Auswirkungen ausgeräumt sind und das Weinland sich als beste Lösung herausstellt, dann werden wir das akzeptieren.

Sie kritisieren nicht nur das Endlager, Sie fordern auch ganz generell den möglichst raschen Ausstieg aus der Kernenergie. Bisher hat das Volk an der Urne aber immer Nein gesagt zu diesem Vorhaben. Wie wollen Sie das ändern?

Ich denke, in den nächsten zehn Jahren wird darüber entschieden, wie wir unsere Energieproduktion in Zukunft gestalten wollen. Wenn wir der Bevölkerung aufzeigen können, dass eine Alternative mit erneuerbaren Energien und mit der Steigerung der Energieeffizienz möglich ist, dann bin ich überzeugt, dass die Schweizer Stimmbürger dem Ausstieg aus der Kernenergie zustimmen werden.

INTERVIEW: CHRISTIAN WEISS



«Klar! Schweiz»-Kopräsident Jean-Jacques Fasnacht begrüsst die Besucher der Kundgebung «für eine Zukunft ohne atomare Risiken». Bild: Urs Baptista

Den Ausstieg geplant oder den Einstieg nie gemacht

Auch Vertreter aus Deutschland und Österreich sprachen an der Demonstration «für eine Zukunft ohne atomare Risiken». Beide Länder gehen in der Frage der Kernenergie einen anderen Weg als die Schweiz. So hat Österreich den Einstieg in die Kernenergie gar nie vollzogen. Wie Hildegard Breiner vom Vorarlberger Naturschutzbund den Zuhörern in Benken berichtete, wurde das einzige Kernkraftwerk, das in Österreich gebaut wurde, das Werk

Zwentendorf, gar nie in Betrieb genommen. In einer für Österreich aussergewöhnlichen Volksabstimmung verhinderten die Bürger 1978 die Inbetriebnahme des vollkommen betriebsbereiten Kernkraftwerkes. In Deutschland hat 2002 die damalige Regierungskoalition aus SPD und Grünen den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen. In der Bundesrepublik dürfen seither keine neuen Kernkraftwerke gebaut werden. Die Laufzeit der bestehen-

den Werke wird auf 32 Jahre festgelegt. Durch die Klimadiskussion hat die Kernenergie in Deutschland eine Renaissance erlebt. Vor allem Politiker aus der CDU fordern die Weiterführung der Kernenergie. Die grüne Europaratsabgeordnete Rebecca Harms kritisierte in Benken diese Strömung scharf. «Die Risiken der Technologie bleiben die gleichen: der GAU, der Müll, die Bombe.» Effizienz, Sparsamkeit und erneuerbare Energien seien der richtige Weg, so

Harms. Auch in Deutschland wird diese Sichtweise von Atomkraftbefürwortern kritisiert. Deutschland müsste ohne Atomstrom auf fossile Energieträger setzen. Die heute bekannten erneuerbaren Energien seien zudem nicht nach Bedarf verfügbar, weil Solar- und Windkraft vom Wetter abhängig seien, so ihre Argumente. Auch könne sich wegen der Bauweise westlicher Kernkraftwerke ein Unfall wie in Tschernobyl gar nicht ereignen. (cwe)

ANZEIGE

Alles rund um Business Software

Messe mit Fachreferaten – News & Gratis-Tickets: www.topsoft.ch

24. + 25. September 2008 – 9 bis 17 Uhr – Eulachhallen Winterthur

topsoft 08
Messe für Business Software